

Betreff:

**Atommüll-Einlagerung in Schacht Konrad**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

19.04.2018

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien (zur  
Kenntnis)

Sitzungstermin

19.04.2018

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.04.2018 (18-07901) wird wie folgt Stellung  
genommen:

Die Stadt Braunschweig hat keine originären Zuständigkeiten im Bereich des Atom- und  
Strahlenschutzrechtes und verfügt daher auch nicht über entsprechendes Fachpersonal in  
Sachen Strahlenschutz zur selbständigen Beantwortung der Anfragen. Des Weiteren ist die  
Verwaltung weder für den Betrieb des Endlagers Konrad und die Schachtanlage Asse noch  
für eine Transportgenehmigung zuständig und hat daher keine entsprechenden Betriebs-  
informationen zur Beantwortung der Fragen.

Da die Zuständigkeiten für das Endlager Konrad und die Schachtanlage Asse gerade eben  
erst auf Bundesebene neu geordnet werden, wurde die zuständige Bundesgesellschaft für  
Endlagerung mbH mit Sitz in Peine um eine Beantwortung der Fragen gebeten. Die Antwort  
liegt als Anlage bei.

Warnecke

**Anlage/n:**

Antwort der Bundesgesellschaft für Endlagerung



**BUNDESGESELLSCHAFT  
FÜR ENDLAGERUNG**

BGE mbH | Willy-Brandt-Straße 5 | 38226 Salzgitter

via E-Mail

Stadt Braunschweig  
Stadtplanung und Umweltschutz  
Abt. Umweltschutz  
Braunschweig

Bundesgesellschaft für  
Endlagerung mbH

Willy-Brandt-Straße 5  
38226 Salzgitter

T +49 30 18333-7000  
poststelle@bge.de  
www.bge.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens    Mein Zeichen  
12. April 2018, 61.43-24.5-1            SE 2.1

Ansprechpartner  
Dr. Ben Samwer

Durchwahl  
-1764

E-Mail  
ben.samwer@bge.de

## **Schachtanlage Konrad Anfrage der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 222**

19. April 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrem Schreiben vom 12. April 2018 haben Sie uns eine Anfrage der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 222 der Stadt Braunschweig vorgelegt. Gerne antworten wir Ihnen zu den Fragen im Zusammenhang mit der Schachtanlage Konrad.

Zu der Frage, ob ein zukünftiges Bereitstellungslager die Umladung von radioaktiven Abfällen auf dem Bahnhof Beddingen ersetzt:

Bereits das mit breiter Mehrheit am 27. Januar 2017 vom Deutschen Bundestag verabschiedete und am 16. Juni 2017 in Kraft getretene Entsorgungsübergangsgesetz gestattet der Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH (BGZ) nach § 3 Absatz 3 Satz 3 „...ein zentrales Bereitstellungslager für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung als Eingangslager für das Endlager Konrad [zu] errichten.“ Im Koalitionsvertrag der in der Bundesregierung vertretenen Parteien ist die Errichtung eines zentralen Bereitstellungslagers vorgesehen. Das würde den logistischen Ablauf der Einlagerung verbessern. Einen möglichen Standort für ein zentrales Bereitstellungslager hat die BGZ bisher nicht ausgewählt.

Der Transport von Abfallgebinden zum zukünftigen Endlager Konrad soll über die Straße und über den Schienenweg erfolgen. Beim Antransport über die Schiene werden – je nach logistischer Vorgehensweise des Absenders und des jeweiligen Transportunternehmens – Rangiervorgänge auf dem Bahnhof Beddingen vorgenommen werden.

Eine Umladung von Abfallgebinden auf dem Bahnhof Beddingen ist in keinem Fall vorgesehen. Die Abfallgebilde bleiben auf den Eisenbahnwaggons.



**BUNDESGESELLSCHAFT  
FÜR ENDLAGERUNG**

Zu der Frage des Zeitpunkts eines Sicherheitsgutachtens zum Transport des Atommölls:

Die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH war vom Bundesumweltministerium beauftragt worden, Auswirkungen von Transporten zum Endlager Konrad genauer zu untersuchen. Sie hat mit der „Transportstudie Konrad“ die mit der unfallfreien Abfallanlieferung verbundene mögliche Strahlenbelastung der Bevölkerung und des Transportpersonals ermittelt und das mit der Abfallanlieferung verbundene Transportunfallrisiko in der Standortregion des Endlagers analysiert und bewertet. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass die Transporte kein relevantes radiologisches Risiko für Mensch und Umwelt darstellen.

Das Bundesumweltministerium hatte angekündigt, die Transportstudie Konrad auf Basis neuer Erkenntnisse von Berechnungsmodellen und radiologischer Daten der Abfallgebinde Studie vor der Inbetriebnahme des Endlagers neu aufzulegen. Es hatte etwa das Jahr 2020 vorgesehen. Wir werden beim Bundesumweltministerium nachfragen, ob eine Verschiebung entsprechend der veränderten Inbetriebnahme des Endlagers Konrad vorgesehen wird, um neueste Erkenntnisse berücksichtigen zu können.

Zur Frage der Endlagerung von aus der Schachtanlage ASSE II zurückzuholenden radioaktiven Abfällen:

Das Nationale Entsorgungsprogramm der Bundesrepublik Deutschland sieht vor, dass die radioaktiven Abfälle, die aus der Schachtanlage Asse II zurückgeholt werden sollen, bei der Standortsuche für ein Endlager für wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle berücksichtigt werden. Erst wenn die Kriterien für die Einlagerung in das Endlager nach Standortauswahlgesetz festgelegt sind und ausreichende Informationen zur Menge, zur Beschaffenheit und zum Zeitpunkt des Anfalls der aus der Schachtanlage Asse II zurückzuholenden radioaktiven Abfälle vorliegen, kann eine abschließende Entscheidung über den Endlagerstandort für diese Abfälle – unter Einbeziehung aller technischen, ökonomischen und politischen Aspekte – getroffen werden.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen die Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. i.V. Thiel

i.V. Thomas Thiel  
Leiter Projekt Konrad

i.A. Dr. Ben Samwer  
Leiter Projektmanagement Konrad